

05.07.2022

Kleine Anfrage 96

der Abgeordneten Andreas Keith und Carlo Clemens AfD

Sicherheitsbedenken bei Veranstaltungen an nordrhein-westfälischen Universitäten

Gegen einen Vortrag einer Biologin über Geschlecht und Gender an der Berliner Humboldt-Universität machte die linke Gruppierung „Arbeitskreis kritischer Jurist*innen“ mobil. Sie rief zu einer Gegendemonstration auf, da die Thesen der Biologin „unwissenschaftlich, menschenverachtend und queer- und trans*feindlich“ seien.

Auch der „ReferentInnenRat“ der Universität habe eine E-Mail an die gesamte Studentenschaft verschickt und zur Teilnahme an der Demonstration gegen den Vortrag der Biologin aufgerufen.

Die Universität sagte nach der Ankündigung des linken Protest-Bündnisses den Vortrag aufgrund von Sicherheitsbedenken wenige Stunden vor Beginn ab.¹

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele politische Versammlungen, die sich gegen die Durchführung von (Bildungs-)Veranstaltungen an nordrhein-westfälischen Hochschulen, Fachhochschulen bzw. Universitäten gerichtet haben, sind seit 2017 angemeldet bzw. durchgeführt worden? (Bitte aufschlüsseln nach Art der Versammlung, Zeitpunkt, Name der Hochschule, Fachhochschule bzw. Universität und Anmelder der Versammlungen)
2. Wiesen die Organisatoren und/oder Teilnehmer der unter Ziffer 1 erfragten Versammlungen Bezüge zu Phänomenbereichen des politischen Extremismus auf?
3. Wie viele Veranstaltungen an nordrhein-westfälischen Universitäten wurden seit 2017 wegen Sicherheitsbedenken aufgrund von Bedrohungslagen abgesagt bzw. vorzeitig beendet? (Bitte aufschlüsseln nach Zeitpunkt und Universität)
4. Konnten diejenigen Personen respektive Personenzusammenschlüsse, von denen eine solche Bedrohungslage ausging, aufgrund derer eine universitäre Veranstaltung abgesagt bzw. vorzeitig beendet werden musste, einem Phänomenbereich des politischen Extremismus respektive der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden?

¹ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/humboldt-uni-sagt-vortrag-ueber-geschlecht-und-gender-ab-18146161.html>

5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Freiheit von Forschung und Lehre bzw. die Meinungsfreiheit von Lehrpersonal bzw. Gastdozenten, die beispielsweise nicht-linke Auffassungen vertreten, an nordrhein-westfälischen Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten zu gewährleisten?

Andreas Keith
Carlo Clemens